

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 16. September 2010

Tagesordnungspunkt 3

Probleme am Klinikum

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1843 -

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat vor dem Hintergrund der wiederholten öffentlichen Kritik an Vorstandsvorsitzendem Dr. Sontheimer die Situation und die diesbezüglichen Vorgänge am Klinikum Kassel und hier insbesondere den aktuellen Streit um die Gemeinschaftspraxis für Strahlentherapie?
2. Stimmt der Magistrat mit uns überein, dass die aktuellen Vorgänge um die Gemeinschaftspraxis für Strahlentherapie, Herrn Prof. Dr. Sons und um die Pathologie für das Klinikum wirtschaftlich nachteilig und Ruf schädigend waren bzw. sind?
3. Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus den Vorgängen?

Die Anfrage beantwortet Bürgermeister Kaiser wie folgt:

Sie haben drei konkrete Fragen gestellt, die ich soweit ich kann konkret beantworten möchte. Ich möchte voran stellen, dass ich verpflichtet bin und auch beabsichtige, mich auf dem Boden von Recht und Gesetz zu bewegen. Dazu habe ich mich nicht nur Ihnen gegenüber am 07.12.2009 bei meiner Ernennung entsprechend verpflichten lassen, sondern ich nehme das auch sehr ernst. Diesbezüglich bin ich gewillt dazu beizutragen, Ihre Fragen soweit es möglich, ist sachlich und inhaltlich zu beantworten. Ich bin gleichzeitig bemüht, auf der anderen Seite den gesetzlichen Grundlagen, und hier ist insbesondere das Aktiengesetz zu nennen, auch Rechnung zu tragen. Deshalb möchte ich um Verständnis bitten, wenn jetzt die konkreten Antworten, die sie vielleicht vermissen, nicht kommen. Ich wäre dennoch bereit, sie in gewissen Maßen zu geben. Allerdings weise ich darauf hin, dass das nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden kann.

Also in der Hinsicht hätte ich jetzt einen öffentlichen Teil. In diesem öffentlichen Teil könnte ich jetzt etwas beantworten. Ich möchte wie gesagt vorweg benennen, nicht dass eine Unstimmigkeit auftritt, wenn es denn dazu führen sollte, dass ich der Meinung bin, dass das nicht in öffentlicher Sitzung stattfinden kann, würde ich das entsprechend beantragen. Das Gremium hätte die Möglichkeit darüber zu entscheiden.

Sie haben die erste Frage gestellt bezogen auf, wie der Magistrat denn die jetzige Situation - Sie beschreiben sie dann noch mal in zwei Punkten, nämlich zum einen die Vorgänge am Klinikum, insbesondere was die Strahlenpraxis betrifft - bewertet.

Die zweite Frage, die Sie stellen bezieht sich darauf, ob ich denn zustimme, oder der Magistrat denn zustimmt, zu einer Behauptung die Sie aufstellen, nämlich in der Gestalt, dass die aktuellen Vorgänge - hier erwähnen Sie zum einen wiederum die Strahlenpraxis als auch die Vorgänge um Herrn Prof. Dr. Sons - wirtschaftlich nachteilig oder rufschädigend waren oder sind.

Beide Punkte würde ich ganz gerne zusammengefasst beantworten. In der Form, dass ich Ihnen mitteilen darf, dass der Magistrat es sehr vorsichtig bewertet. Weil das, was in der Öffentlichkeit bekannt ist, keine Stellungnahme sowohl der GNH ist noch eine Stellungnahme des Magistrats. Und es sich in dem Punkt um eine veröffentlichte Meinung handelt, die möglicherweise aus der Sachdienlichkeit des Ganzen heraus bis dato nicht beleuchtet werden konnte.

Das ist sehr wohl so, weil die gesetzlichen Vorschriften es zum Teil verbieten und gebieten, dass gewisse Dinge, die inhaltlicher Art möglicherweise dazu beitragen würden, dass die sachgerechte Aufklärung stattfindet, nicht aufgeklärt werden dürfen, in dem Sinne, dass sie öffentlich werden, weil sie zum Teil Personenschutzdaten betreffen und natürlich Dinge betreffen, die ausschließlich in den privaten Bereich fallen.

Das heißt, ich stimme Ihnen in der Hinsicht zu, dass die öffentliche Diskussion, die statt findet, sehr wohl für das Klinikum, was die Frage des Rufes betrifft, ein Problem darstellt. Ob die Vorgänge als solches ein Problem darstellen, das kann ich Ihnen im Moment nicht beantworten, weil es dazu zwei Dinge gibt. Zum einen gilt es zum Teil gerichtliche Entscheidungen abzuwarten und dann zu erkennen ob es möglicherweise ein Problem für das Klinikum ist und zum anderen gilt es gleichzeitig natürlich eine Gesamtbetrachtung anzustellen. Und diese Gesamtbetrachtung, die ist zum Teil heute gar nicht anstellbar, weil die Gesamtentwicklung des Klinikums in vielen Teilen in der jetzigen Situation noch nicht abgeschlossen ist. Und das wird sich dann - ich nehme mal einen Begriff aus der Steuerrechtsfähigkeit, da sagt man immer so platt - den sogenannten Totalgewinn. Und dieser Totalgewinn bezieht sich immer auf einen längeren Zeitraum. Den können wir leider im Moment noch nicht feststellen, weil viele Umstrukturierungsmaßnahmen, die zur Zeit stattfinden, nicht zum Abschluss gebracht wurden. Und folglich auch noch nicht erkennbar ist inwieweit das Klinikum davon jetzt profitiert oder nicht. Ich gehe davon aus, dass die bisherigen Entscheidungen, die dazu getroffen wurden - die im übrigen im Aufsichtsrat getroffen wurden - soweit zielführend sind, dass das Klinikum als Ganzes weiterhin ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen bleibt, dass alle Beschäftigten die dort beschäftigt sind weiterhin ihren Arbeitsplatz haben und sehr wohl das Klinikum weiterhin ein gedeihendes und für unser Zentrum Kassel weiterhin ein Klinikum der Maximalversorgung bleibt. Daran müssen alle mitarbeiten. Und da gebe ich Ihnen gerne zu und das gilt dann sowohl für alle Mitarbeiter, denen ich auf diesem Wege im Übrigen noch mal herzlichst danken möchte, dass sie sich so engagiert einsetzen, dass die wirtschaftliche Situation des Klinikums zur Zeit jedenfalls sehr gut ist. Und das gilt natürlich für alle Anderen auch. Dazu gehört das Aufsichtsratsgremium, alle die daran sozusagen maßgeblich beteiligt werden.

Der Punkt 3 - Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus den Vorgängen?

Da ist halt die Problematik, dass der Magistrat konkret keine Vorgänge in dem Sinne hat und somit auch keine Konsequenzen aus irgendwelchen Vorgängen ziehen kann, weil ausschließlich dem Aufsichtsrat dieses überlassen ist, was dann für Konsequenzen möglicherweise aus was auch immer gezogen werden.

Das heißt, wir sind leider hier an dieser Stelle im falschen Gremium. Das Aufsichtsratsgremium, das kann ich Ihnen versichern, wird sich mit diesen Dingen eingehend beschäftigen. Die nächste Sitzung, soweit verrate ich Ihnen nichts Ungewöhnliches, wird am 30.09.2010 stattfinden und alle Aufsichtsratsmitglieder sind herzlich eingeladen dann inhaltlich zu diskutieren inwieweit denn welche Entscheidung wann auch immer, wo getroffen, warum, wieso auch immer, ist.

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
gefertigt für die Niederschrift des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 16. September
2010
von Nicole Schmidt
am 25. Oktober 2010
Büro der Stadtverordnetenversammlung